

Der aussenpolitische Bericht des Bundesrates : Ja zu Europa, zur UNO und zur Neutralität

Autor(en): **Rusconi, Giuseppe**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **21 (1994)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-910252>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der aussenpolitische Bericht des Bundesrates

Ja zu Europa, zur UNO und zur Neutralität

Anfangs Dezember hat der Bundesrat den «Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den 1990er-Jahren» vorgestellt, der unter anderem folgende Ziele definiert: Beitritt zur Europäischen Union (EU), Beitritt zur UNO sowie eine intensive Zusammenarbeit mit der NATO und der Westeuropäischen Union (WEU). Der wichtigste Teil des Berichtes behandelt die Anpassung der Neutralitätspolitik an die veränderte geopolitische Lage vor allem in Europa.

Der Bericht wurde mit Interesse und Spannung erwartet, denn man erhoffte sich – oder befürchtete –, darin ein Datum (das Jahr 2000) für den Beitritt zur EU zu finden. Das traf jedoch nicht ein, weil die Mehrheit der Regierung der Meinung war, dass es an-

Giuseppe Rusconi

gesichts der instabilen Lage in Europa, den unsicheren Absichten der EU-Staaten und der kritischen Haltung des Schweizer Volkes unklug gewesen wäre, ein genaues Beitrittsjahr zur Union bekanntzugeben. Der Bundesrat hat mit Nachdruck seinen Willen bekräftigt, der EU beizutreten, jedoch die Bedeutung eines Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum ausdrücklich relativiert und einen Alleingang völlig ausgeschlossen.

Fünf Richtlinien

Der Bericht analysiert die internationale Lage, und es werden fünf Richtlinien oder allgemeine aussenpolitische Ziele



Die Position der Schweiz in Europa bildet einen Schwerpunkt des aussenpolitischen Berichtes des Bundesrates. (Foto: Keystone)

festgelegt: Erhalt und Förderung der Sicherheit und des Friedens; Einsatz für die Menschenrechte, die Demokratie und die Prinzipien des Rechtsstaates; Förderung des allgemeinen Wohlstandes; Aufhebung der sozialen Ungleichheit; Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Im weiteren beschreibt die Regierung die Nichtmitgliedschaft der Schweiz in der UNO und in der EU als einen Zu-

stand, «der kürzer- oder längerfristig dem Erhalt der nationalen Interessen und den Entwicklungsmöglichkeiten schadet und die Stellung der Schweiz in der Welt schwächen könnte».

«Neue» Neutralität

Was die Neutralitätspolitik anbelangt, ist der Bundesrat «überzeugt», dass «in der derzeitigen Übergangsphase und Unsicherheit» die Neutralität den nationalen Interessen noch nützlich sein kann. Eine Neutralität allerdings, die als Instrument – und nicht mehr als Dogma – der Sicherheitspolitik betrachtet wird und in weltweiter Solidarität einer friedlichen Zukunft dient. Deshalb soll die «neue» Neutralität auf zwei Hauptanliegen beschränkt werden: den Verzicht auf eine direkte Beteiligung an bewaff-

neten Konflikten und eine einzig auf die Verteidigung ausgerichtete Militärpolitik.

Eine solche Neutralität ist laut den Aussagen des Bundesrates völlig vereinbar mit dem UNO-Beitritt, mit der Teilnahme an UNO-Wirtschaftssanktionen, mit der Nicht-Verhinderung von militärischen Sanktionen und mit der Schaffung einer Blauhelm-Einheit. Die so verstandene Neutralität ist für die Regierung weder ein Hindernis für einen Beitritt zur heutigen EU, noch kann sie eine nützliche Zusammenarbeit mit der NATO und der WEU (die Schweiz als Beobachterin?) ausschliessen. In diesem Zusammenhang unterstreicht der Bundesrat, dass es im Interesse der Schweiz liege, am Aufbau eines sicheren Europas mitzuarbeiten. «Sollte die EU eines Tages ihr Ziel einer soliden und dauerhaften gemeinsamen Verteidigungsstruktur erreichen, müsste unser Land auch bereit sein, seine Neutralität grundsätzlich zu überdenken»..., die dann zu einem unnützen Instrument würde. Wird es so sein? ■

Auslandsschweizer und europäische Integration

Nach dem schweizerischen Nein vom 6. Dezember 1992 zum EWR-Beitritt hat die «Schweizer Revue» einen Aufruf an alle in Europa wohnhaften Schweizerinnen und Schweizer lanciert, dem Auslandsschweizer-Sekretariat administrative Schwierigkeiten zu melden, die auf die schweizerische Europapolitik zurückzuführen sind. Aus ganz Europa sind in der Folge Briefe eingetroffen, die Diskriminierungen insbesondere in folgenden Bereichen bezeugen: Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung, Anerkennung der Diplome und Zugang zu Hochschulen, Sozialversicherung und Zollfragen.

Das gesamte Dossier wurde dem Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten übergeben, damit die individuellen Bedürfnisse der Landsleute im Ausland im Rahmen der Verhandlungen über die schweizerische Position in Europa besser berücksichtigt werden können. Das ASS und die schweizerischen Vertretungen im Ausland nehmen weitere Stellungnahmen jederzeit gerne entgegen!

ASS